

Antragsbereich P / **Antrag P2**

AntragstellerInnen: AfA-

Landesvorstand Bayern

Empfänger: Bundesparteitag

P2: Organisationspolitik

Antragsteller: AfA-Landesvorstand Bayern

Adressat: AfA-Landeskonferenz, AfA-
Bundeskonferenz SPD-Landesparteitag, SPD-
5 Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-
Bundestagsfraktion

10 **Organisationspolitik**

1) Politik braucht Organisation. Organisation ist Mittel
15 zum Zweck, also zur Umsetzung von Programmen
und Inhalten. Organisation in der Sozialdemokratie
muss sicherstellen:

- dass Entscheidungsprozesse transparent und de-
20 mokratisch von unten nach oben stattfinden,

- dass alle Mitglieder gleichberechtigte Entschei-
dungsrechte haben,

25 - dass Wahlen und Abstimmungen ein Höchstmaß an
Klarheit und Repräsentativität schaffen,

- dass Meinungen zusammengeführt und gebündelt werden

30

- dass Konsens und Verbindlichkeit entstehen, die zu solidarischem Handeln führen

- und dass Rechenschaft und Kontrolle ermöglicht werden.

35

2) Sozialdemokratische Politik hat Werte und eine soziale Basis. Kern der Wähler- und Mitgliedschaft der SPD müssen wieder die abhängig Beschäftigten werden. Dies ist eine Überlebensfrage für unsere Partei. Ziel und Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) ist es dabei, sozialdemokratische Politik in die Betriebe, Verwaltungen und Einrichtungen zu vermitteln und gleichzeitig die Interessen aus der Arbeitswelt und der Gesellschaft in die Partei und die Parlamente zu tragen, mehrheitsfähig zu machen und durchzusetzen. Der Erfolg dessen hängt ganz entscheidend von einer möglichst großen Mitgliedschaft und funktionierenden demokratischen Strukturen ab. In unserer Klassengesellschaft verfügen nicht alle Menschen über gleiche Zugangsmöglichkeiten zu politischer Gestaltung. Es bestehen erhebliche Unterschiede hinsichtlich Vermögen und Einkommen, verfügbarer Zeit, Bildung, Kommunikationsgewohnheiten und -möglichkeiten. Auf diese Unterschiede, die derzeit wieder zunehmen, müssen wir besonders achten, weil wir als Sozialdemokrat*innen Politik für die

40

45

50

55

60

Vielen, für die Mehrheit, machen wollen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Arbeitswelt und die Arbeitnehmerschaft stark ausdifferenziert, zunehmend prekariert und polarisiert sind.

65

Unsere Partei braucht deshalb angemessene Arbeitsformen, die auf die Lebenswirklichkeit aller Arbeitnehmer*innen Bezug und Rücksicht nehmen und gleichzeitig der Individualisierung und Zersplitterung entgegenwirken. Die Entwicklung und der Erhalt von Solidarität erfordern solidarische Kommunikations- und Arbeitsformen. Daher genügt es nicht, den Wohnortbezug unserer Statuten durch digitale Formate zu ergänzen. Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts verlangt nach einer Kombination neuer Strukturen von Betriebsgruppen, Branchengruppen, Betriebsvertrauensleuten und Personengruppen (Schwerbehindertenvertretungen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Mitgliedern aus Aufsichts- und Verwaltungsräten, hauptamtlichen Gewerkschafter*innen und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionär*innen...).

85

Entscheidend wird dabei sein, dass

- unsere Angebote den spezifischen Nutzen, unser Alleinstellungsmerkmal als AfA als einer Schnittstelle Betrieb-Gewerkschaft-Partei-Politik aufweisen; wir sollten nicht vorhandene Gremien, beispielsweise in Gewerkschaften, nachbilden oder in Konkurrenz dazu treten,

- die SPD selbst nicht konkurrierende Angebote macht, sondern arbeitnehmerbezogene Politikfor-

95 men nur in enger Abstimmung und Koordination
mit der AfA veranstaltet sowie die Erfahrungen und
Kompetenzen der AfA nutzt,

- unsere Parteiorganisation haupt- wie ehrenamtlich
100 ab der Ebene des Unterbezirks die Bildung von arbeit-
nehmer*innenbezogenen Strukturen unterstützt und
mindestens ab der Ebene des (Regional-)Bezirks mit
hauptamtlicher Zuarbeit und angemessenem Budget
ausstattet, - Spezifizierte Verteiler für den gesamten
105 Bereich „Arbeitnehmer*innen“ aufgebaut werden,
auf die die auf der jeweiligen Ebene gewählten AfA-
Vorstände Zugriff haben,

- auch auf Bundesebene die einheitliche, von demo-
110 kratisch gewählten AfA-Gremien (Bundesvorstand,
Bundesausschuss) verantwortete, finanziell und mit
hauptamtlichem Personal angemessen ausgestattete
Arbeitnehmer*innen-Struktur gestärkt wird.

115 - die Medien der Partei, angefangen beim Vorwärts bis
in die digitale Kommunikation, das gesamte Spektrum
der Partei abbilden und vor allem auch arbeitneh-
mer*innenbezogene Themen und AfA-Positionen
aufgreifen. Dazu gehören eine authentische Sprache
120 und verständliche Darstellungsformen. Komplexe
Sachverhalte und notwendige Kompromisse sind
nachvollziehbar zu erklären und zu begründen, an-
statt undifferenziert abzufeiern. Unsere Funktions-
und Mandatsträger*innen sollten dahingehend qua-
125 lifiziert werden.

3) Die Arbeiterbewegung gewann ihre Stärke als
130 Selbstorganisation der arbeitenden Menschen, die
ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.
Die Glaubwürdigkeit der SPD hängt davon ab, dass
wir uns wieder besser in der Arbeitnehmerschaft
verankern. Glaubwürdigkeit und Vertrauen wachsen
135 erst dann wieder, wenn die Arbeitnehmer*innen den
Eindruck gewinnen, dass ihre Meinungen und Inter-
essen in der SPD wahrgenommen und umgesetzt
werden. Dies kann nur auf direktem Weg über ihre
originäre Vertretung in der Partei, die AfA, geschehen.
140 Die Arbeitnehmer*innen brauchen daher in allen
Vorständen und Gremien der Partei, in allen für ihre
Belange relevanten Arbeitszusammenhängen eigene,
von ihnen selbst gestelltes und von der Partei ge-
wähltes Personal aus ihren Reihen. Konkret bedeutet
145 das, dass

- in jedes Vorstandsgremium ab der Unterbezirks-
/Kreisverbandsebene ein/e Vertreter*in der AfA
wie der anderen großen Arbeitsgemeinschaften zu
150 wählen sind,

- Dass in allen Vorständen, die mehr als vier stell-
vertretende Vorsitzende haben, ein stellvertretendes
Mitglied nur auf Vorschlag der AfA gewählt werden
155 kann,

- Dass in allen Vorständen, die aus mehr als 20
Mitgliedern bestehen, mindestens zwei Mitglieder
zu wählen sind, die gewerkschaftliche und/oder
160 betriebliche Funktionen in der Interessenvertretung
haben und von der AfA vorgeschlagen sind,

- dass jeder Delegiertenkonferenz der Partei mindestens 10% Delegierte angehören, die auf einer AfA
165 Konferenz der jeweiligen Ebene gewählt wurden.

Dabei ist selbstverständlich die Quotenregelung zu beachten. Sollten die jeweiligen Personalvorschläge der AfA nicht die notwendigen Mehrheiten finden,
170 bleiben die betreffenden Positionen unbesetzt.

4) Für die Bundesebene erfordert dies Änderungen
175 im Organisationsstatut, im Haushalt der Partei und in der Organisation der Parteizentrale.

1. a) Organisationsstatut: Dem Parteivorstand gehören je eine*n Vertreter*in der auf Bundesebene eingerichteten Arbeitsgemeinschaften mit beratender
180 Stimme an.

2. b) Organisationsstatut/Wahlordnung: Solange dem Parteivorstand fünf oder mehr stellvertretende Vorsitzende angehören, kann eine/r von ihnen nur auf
185 Vorschlag der AfA gewählt werden. In Ausnahmefällen kann dies durch entsprechende Wahl eines Präsidiumsmitgliedes geschehen.

3. c) Organisationsstatut/Wahlordnung: Zwei der zu wählenden Mitglieder des Parteivorstandes sind gewerkschaftliche und/oder betriebliche Interessenvertreter*innen, die nur auf Vorschlag der AfA
190 gewählt werden können.

4. d) Die politische Arbeit im Zuständigkeitsbereich der AfA ist finanziell im Rahmen der Möglichkeiten der Gesamtpartei angemessen auszustatten. Darüber
195 ist zwischen Schatzmeister*in und AfA recht-

zeitig zu verhandeln. Die Mittel für alle Aktivitäten im Arbeitnehmer*innen-Bereich sind in einem Titel zu bündeln. Sie dürfen nicht nur ein Minimum an Gremienarbeit garantieren, sondern müssen Raum für ausreichende politische Arbeit - auch dezentral und regional - einschließlich Öffentlichkeitsarbeit schaffen. Dazu gehört der auf Dauer angelegte Aufbau politischer Bildungsarbeit speziell für politisch Aktive aus der sozialdemokratischen Bewegung. Dazu ist voraussichtlich der Gesamteinsatz der Mittel derzeit unter dem Diktat der knappen Kassen nicht unbedingt zu erhöhen, sondern lediglich effizienter zu gestalten.

210 5. e) Es ist wieder ein AfA-Referat einzurichten, das im Willy-Brandt-Haus für die Umsetzung der gesamten Arbeit der AfA und der Arbeitnehmerpolitik zuständig ist. Hier sind auch die AfA-relevanten Daten, die Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der digitalen Medien, sowie die Arbeit der bundesweiten Betriebs- und Personengruppen zu bündeln. Die Arbeit und die Besetzung des AfA-Referats finden in enger Abstimmung mit dem AfA-Bundesvorstand statt.

220 6. f) Die AfA ist bei der Besetzung aller relevanten Kommissionen, Arbeitskreise und Delegationen zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die Antragskommission zu Parteitag und Parteikonvent, Organisationspolitische Kommission, Lenkungsgruppen, Grundwertekommission, SPE-Delegation, Auswahlgremien wie für die Parteschule... Auf Bezirks- und Landesebene gilt all dies sinngemäß. Auch dort ist hauptamtliche Zuarbeit und die Vertretung in den Gremien, in Kommissionen, Gewerkschaftsräten. Dafür sind auf Landesebene

jeweils entsprechende verbindliche Vereinbarungen und Regelungen zu schaffen.

Begründung

235 **Organisationspolitik**

1) Politik braucht Organisation. Organisation ist Mittel
240 zum Zweck, also zur Umsetzung von Programmen und Inhalten. Organisation in der Sozialdemokratie muss sicherstellen:

- dass Entscheidungsprozesse transparent und demokratisch von unten nach oben stattfinden,
245

- dass alle Mitglieder gleichberechtigte Entscheidungsrechte haben,

250 - dass Wahlen und Abstimmungen ein Höchstmaß an Klarheit und Repräsentativität schaffen,

- dass Meinungen zusammengeführt und gebündelt werden

255

- dass Konsens und Verbindlichkeit entstehen, die zu solidarischem Handeln führen

- und dass Rechenschaft und Kontrolle ermöglicht
260 werden.

2) Sozialdemokratische Politik hat Werte und eine

265 soziale Basis. Kern der Wähler- und Mitgliedschaft
der SPD müssen wieder die abhängig Beschäftigten
werden. Dies ist eine Überlebensfrage für unsere
Partei. Ziel und Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) ist es
270 dabei, sozialdemokratische Politik in die Betriebe,
Verwaltungen und Einrichtungen zu vermitteln und
gleichzeitig die Interessen aus der Arbeitswelt und
der Gesellschaft in die Partei und die Parlamente zu
tragen, mehrheitsfähig zu machen und durchzuset-
275 zen. Der Erfolg dessen hängt ganz entscheidend von
einer möglichst großen Mitgliedschaft und funktio-
nierenden demokratischen Strukturen ab. In unserer
Klassengesellschaft verfügen nicht alle Menschen
über gleiche Zugangsmöglichkeiten zu politischer
280 Gestaltung. Es bestehen erhebliche Unterschiede
hinsichtlich Vermögen und Einkommen, verfügbarer
Zeit, Bildung, Kommunikationsgewohnheiten und
-möglichkeiten. Auf diese Unterschiede, die derzeit
wieder zunehmen, müssen wir besonders achten,
285 weil wir als Sozialdemokrat*innen Politik für die
Vielen, für die Mehrheit, machen wollen. Wir sind uns
der Tatsache bewusst, dass die Arbeitswelt und die
Arbeitnehmerschaft stark ausdifferenziert, zuneh-
mend prekariert und polarisiert sind.

290

Unsere Partei braucht deshalb angemessene Ar-
beitsformen, die auf die Lebenswirklichkeit aller
Arbeitnehmer*innen Bezug und Rücksicht nehmen
und gleichzeitig der Individualisierung und Zer-
295 splitterung entgegenwirken. Die Entwicklung und
der Erhalt von Solidarität erfordern solidarische
Kommunikations- und Arbeitsformen. Daher genügt
es nicht, den Wohnortbezug unserer Statuten durch

digitale Formate zu ergänzen. Die Arbeitswelt des 21.
300 Jahrhunderts verlangt nach einer Kombination neuer
Strukturen von Betriebsgruppen, Branchengruppen,
Betriebsvertrauensleuten und Personengruppen
(Schwerbehindertenvertretungen, Jugend- und Aus-
zubildendenvertretungen, Mitgliedern aus Aufsichts-
305 und Verwaltungsräten, hauptamtlichen Gewerkschaf-
ter*innen und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunk-
tionär*innen...).

Entscheidend wird dabei sein, dass

310

- unsere Angebote den spezifischen Nutzen, unser
Alleinstellungsmerkmal als AfA als einer Schnittstelle
Betrieb-Gewerkschaft-Partei-Politik aufweisen; wir
sollten nicht vorhandene Gremien, beispielsweise
315 in Gewerkschaften, nachbilden oder in Konkurrenz
dazu treten,

- die SPD selbst nicht konkurrierende Angebote
macht, sondern arbeitnehmerbezogene Politikfor-
320 men nur in enger Abstimmung und Koordination
mit der AfA veranstaltet sowie die Erfahrungen und
Kompetenzen der AfA nutzt,

- unsere Parteiorganisation haupt- wie ehrenamtlich
325 ab der Ebene des Unterbezirks die Bildung von arbeit-
nehmer*innenbezogenen Strukturen unterstützt und
mindestens ab der Ebene des (Regional-)Bezirks mit
hauptamtlicher Zuarbeit und angemessenem Budget
ausstattet, - Spezifizierte Verteiler für den gesamten
330 Bereich „Arbeitnehmer*innen“ aufgebaut werden,
auf die die auf der jeweiligen Ebene gewählten AfA-
Vorstände Zugriff haben,

- auch auf Bundesebene die einheitliche, von demokratisch gewählten AfA-Gremien (Bundesvorstand, Bundesausschuss) verantwortete, finanziell und mit hauptamtlichem Personal angemessen ausgestattete Arbeitnehmer*innen-Struktur gestärkt wird.

- die Medien der Partei, angefangen beim Vorwärts bis in die digitale Kommunikation, das gesamte Spektrum der Partei abbilden und vor allem auch arbeitnehmer*innenbezogene Themen und AfA-Positionen aufgreifen. Dazu gehören eine authentische Sprache und verständliche Darstellungsformen. Komplexe Sachverhalte und notwendige Kompromisse sind nachvollziehbar zu erklären und zu begründen, anstatt undifferenziert abzufeiern. Unsere Funktions- und Mandatsträger*innen sollten dahingehend qualifiziert werden.

3) Die Arbeiterbewegung gewann ihre Stärke als Selbstorganisation der arbeitenden Menschen, die ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Die Glaubwürdigkeit der SPD hängt davon ab, dass wir uns wieder besser in der Arbeitnehmerschaft verankern. Glaubwürdigkeit und Vertrauen wachsen erst dann wieder, wenn die Arbeitnehmer*innen den Eindruck gewinnen, dass ihre Meinungen und Interessen in der SPD wahrgenommen und umgesetzt werden. Dies kann nur auf direktem Weg über ihre originäre Vertretung in der Partei, die AfA, geschehen. Die Arbeitnehmer*innen brauchen daher in allen Vorständen und Gremien der Partei, in allen für ihre

Belange relevanten Arbeitszusammenhängen eigene, von ihnen selbst gestelltes und von der Partei gewähltes Personal aus ihren Reihen. Konkret bedeutet
370 das, dass

- in jedes Vorstandsgremium ab der Unterbezirks-/Kreisverbandsebene ein/e Vertreter*in der AfA wie der anderen großen Arbeitsgemeinschaften zu
375 wählen sind,

- Dass in allen Vorständen, die mehr als vier stellvertretende Vorsitzende haben, ein stellvertretendes Mitglied nur auf Vorschlag der AfA gewählt werden
380 kann,

- Dass in allen Vorständen, die aus mehr als 20 Mitgliedern bestehen, mindestens zwei Mitglieder zu wählen sind, die gewerkschaftliche und/oder
385 betriebliche Funktionen in der Interessenvertretung haben und von der AfA vorgeschlagen sind,

- dass jeder Delegiertenkonferenz der Partei mindestens 10% Delegierte angehören, die auf einer AfA
390 Konferenz der jeweiligen Ebene gewählt wurden.

Dabei ist selbstverständlich die Quotenregelung zu beachten. Sollten die jeweiligen Personalvorschläge der AfA nicht die notwendigen Mehrheiten finden,
395 bleiben die betreffenden Positionen unbesetzt.

4) Für die Bundesebene erfordert dies Änderungen
400 im Organisationsstatut, im Haushalt der Partei und in

der Organisation der Parteizentrale.

1. a) Organisationsstatut: Dem Parteivorstand gehören je eine*n Vertreter*in der auf Bundesebene eingerichteten Arbeitsgemeinschaften mit beratender Stimme an.
405
2. b) Organisationsstatut/Wahlordnung: Solange dem Parteivorstand fünf oder mehr stellvertretende Vorsitzende angehören, kann eine/r von ihnen nur auf Vorschlag der AfA gewählt werden. In Ausnahmefällen kann dies durch entsprechende Wahl eines Präsidiumsmitgliedes geschehen.
410
3. c) Organisationsstatut/Wahlordnung: Zwei der zu wählenden Mitglieder des Parteivorstandes sind gewerkschaftliche und/oder betriebliche Interessenvertreter*innen, die nur auf Vorschlag der AfA gewählt werden können.
415
4. d) Die politische Arbeit im Zuständigkeitsbereich der AfA ist finanziell im Rahmen der Möglichkeiten der Gesamtpartei angemessen auszustatten. Darüber ist zwischen Schatzmeister*in und AfA rechtzeitig zu verhandeln. Die Mittel für alle Aktivitäten im Arbeitnehmer*innen-Bereich sind in einem Titel zu bündeln. Sie dürfen nicht nur ein Minimum an Gremienarbeit garantieren, sondern müssen Raum für ausreichende politische Arbeit - auch dezentral und regional - einschließlich Öffentlichkeitsarbeit schaffen. Dazu gehört der auf Dauer angelegte Aufbau politischer Bildungsarbeit speziell für politisch Aktive aus der sozialdemokratischen Partei.
420
425
430
Dazu ist voraussichtlich der Gesamteinsatz der Mittel derzeit unter dem Diktat der knappen Kassen nicht unbedingt zu erhöhen, sondern lediglich effizienter zu gestalten.

- 435 5. e) Es ist wieder ein AfA-Referat einzurichten, das im
Willy-Brandt-Haus für die Umsetzung der gesam-
ten Arbeit der AfA und der Arbeitnehmerpolitik zu-
ständig ist. Hier sind auch die AfA-relevanten Da-
ten, die Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der di-
440 gitalen Medien, sowie die Arbeit der bundesweiten
Betriebs- und Personengruppen zu bündeln. Die Ar-
beit und die Besetzung des AfA-Referats finden in
enger Abstimmung mit dem AfA-Bundesvorstand
statt.
- 445 6. f) Die AfA ist bei der Besetzung aller relevan-
ten Kommissionen, Arbeitskreise und Delegatio-
nen zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für
die Antragskommission zu Parteitag und Par-
teikonvent, Organisationspolitische Kommission,
450 Lenkungsgruppen, Grundwertekommission, SPE-
Delegation, Auswahlgremien wie für die Parteischu-
le... Auf Bezirks- und Landesebene gilt all dies sinn-
gemäß. Auch dort ist hauptamtliche Zuarbeit und
die Vertretung in den Gremien, in Kommissionen,
455 Gewerkschaftsräten Dafür sind auf Landesebene
jeweils entsprechende verbindliche Vereinbarun-
gen und Regelungen zu schaffen.